

Beteiligung der Zivilgesellschaft an Endlager-Kommission

Nach mehrmonatigen, intensiven vom Deutschen Naturschutz Ring (DNR) koordinierten Gesprächen zwischen Umweltverbänden und Bürgerinitiativen hatte der DNR den zuständigen BerichterstatterInnen des Deutschen Bundestages Ende letzten Jahres zunächst die Nichtbeteiligung von Vertretern der Umweltverbände in der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe mitgeteilt. Begründet wurde dies mit zentralen Konfliktpunkten am Standortauswahlgesetz als der gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung der Kommission:

- für die Jahrtausendaufgabe der Atommülllagerung, die noch Generationen beschäftigen wird, gab es vor der Verabschiedung des Gesetzes keine dringend notwendige breite gesellschaftliche Debatte über die Vorgehensweise und die Kriterien,
- die erforderliche breite gesellschaftliche Diskussion wurde in eine Kommission verlagert, in der die Bevölkerung nicht beteiligt ist,
- die Konzentration auf „hochradioaktive Abfallstoffe“ beschränkt den Blick auf lediglich rund 5 % des durch die Atomkraftwerke verursachten radioaktiven Mülls,
- der politisch nicht akzeptierte und wissenschaftlich als ungeeignet nachgewiesene Standort Gorleben, bleibt bei der Endlagersuche weiter einbezogen,
- die Finanzierung des Verfahrens durch einen öffentlichen Fonds, gespeist von den Betreibern der AKW, ist nicht sichergestellt,
- das vorliegende Gesetz ermöglicht Enteignungen und minimiert derzeit noch bestehende juristische Überprüfungsmöglichkeiten,
- die Bundesländer werden entmachtet und es entsteht eine neue „Superbehörde“ mit weit reichenden Kompetenzen auch in Fragen des Gewässerschutzes oder des Bergrechtes

Nach zwei Gesprächsrunden mit Vertretern des Deutschen Bundestages und den Ländern organisierten Umweltverbände und Bürgerinitiativen unter Federführung des DNR am 28./29.03.2014 einen großen Kongress „Atommüll ohne Ende - Auf der Suche nach einem besseren Umgang“. Reinhard Ueberhorst forderte dort mit großem Nachdruck anstelle des Standortauswahlgesetzes und der

Atommüllkommission eine demokratische Atommüllpolitik. Zuerst müssten die Verständigungsaufgaben herausgearbeitet und anschließend eine breite gesellschaftliche Diskussion erfolgen, um Verständigungserfolge zu erzielen. Erst dann dürften politische Entscheidungen über den Weg und die handlungsleitenden Kriterien festgelegt werden.

Kurz danach verabschiedete der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag. Darin wird an die Verbände und Initiativen appelliert, die für sie vorgesehenen beiden Plätze in der Kommission einzunehmen. „Die Umweltverbände können einen wichtigen Beitrag leisten, in Fragen der möglichst sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle die bestmögliche Lösung zu entwickeln und einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen. Der Deutsche Bundestag erkennt ausdrücklich die Rolle der Umweltverbände und Initiativen an und würdigt ihren kontinuierlichen Einsatz für höhere Sicherheitsstandards.

Deshalb bekräftigt der Deutsche Bundestag das mit der Einrichtung der Kommission und im StandAG formulierte Ziel,

- durch eine breite Beteiligung der gesellschaftlichen relevanten Gruppen in der Endlager Kommission die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, einen gesellschaftlichen Konsens bei der Endlagersuche zu erreichen,
- Vorschläge für eine Veränderung oder Erweiterung des Gesetzes auf Basis eines Evaluierungsprozesses zu unterbreiten sowie
- die Risiken der Lagerung hochradioaktiven Abfalls zu minimieren und in einem breiten Konsens die Kriterien und das Verfahren abzustimmen und als Empfehlung an den Gesetzgeber zu geben.“

Inzwischen beteiligen sich in der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe ein Vertreter des BUND und der Deutschen Umweltstiftung. Zur zweiten Sitzung der Kommission hat der BUND-Vertreter einen detaillierten Vorschlag eingebracht. Danach soll die Evaluierung des Standortauswahlgesetzes mit der Organisation eines breiten gesellschaftlichen Diskurses verbunden werden. Ob und wie dies gelingt, bleibt abzuwarten.

Dr. Helmut Röscheisen ist Generalsekretär des Deutschen Naturschutz Rings (DNR).

Kontakt: Helmut.Roescheisen@dnr.de